

inzwischen eingetretenen Ereignissen Rechnung trägt. Die Leitfäden betreffend die Reform der Staatsverwaltung und betreffend die Selbstverwaltung wurden klarer gefaßt, um Mißverständnissen vorzubeugen.

Nach einer eingehenden Debatte wurden die neuen Richtlinien angenommen, der Vorstand aber ersucht, mit den Christlichsozialen wegen der Durchführung einiger von den Abgeordneten Dr. Dinghofer, Bartel und Hummer beantragten siltistischen Änderungen in Verbindung zu treten. Eine neuerliche Behandlung des Gegenstandes im Vorstand wird voraussichtlich nicht mehr notwendig werden, da anzunehmen ist, daß sich auch die Vertreter der Christlichsozialen mit den angelegten siltistischen Änderungen einverstanden erklären werden. Diese beziehen sich auf die Wäbe betreffend die Sprachenfrage und die Selbstverwaltung. Ferner wurde beschlossen, die bereits im Vorstand durchberaten und beschlossene Geschäftsordnung für die Vollversammlung und Vorstandssitzung des Verbandes der für Nachmittag anberaumten Vollversammlung vorzulegen.

Hierauf gelangte ein Antrag des Abg. Heine zur Besprechung, der sich mit den Tarifänderungen der Eisenbahnen befaßt. Es wurde beschlossen, die Abgeordneten Heine und Doktor Steinwender mit der Ausarbeitung eines Berichtes zu betrauen, der der Vollversammlung vorgelegt werden wird.

Hinsichtlich einer Kundgebung aus Anlaß der Ablehnung des Friedensanbotes der Centralmächte durch die Entente wurde bestimmt, daß der Vollversammlung eine Entschließung zur Annahme zu empfehlen sei.

Um 11 Uhr mittags wurde die Verhandlung abgebrochen.

### Die Vollversammlung.

Nachmittags um 1/5 Uhr trat der Deutsche Nationalverband unter Vorsitz seines Obmannes Abg. Dr. Groß zu einer Vollversammlung zusammen. Dieser wohnte auch Handelsminister Dr. Urban bei. Anwesend waren 45 Abgeordnete, entschuldigt hatte sich Abg. Wolf.

Obmann Abg. Dr. Groß berichtet über die Beschlüsse des Vorstandes hinsichtlich der Ablehnung des Friedensanbotes der Centralmächte seitens der Entente und stellte den Antrag, an den Kaiser ein Telegramm zu richten, worin für die Bemühungen des Kaisers, den Völkern den Frieden zu bringen, gedankt, in welchem aber auch gleichzeitig zum Ausdruck kommen soll, daß ebenso wie das Heer im Felde die in der Heimat Zurückgebliebenen alles aufbieten werden, um bis zum siegreichen Ende durchzuhalten. Dieser Antrag wurde angenommen.

Hierauf berichtet der Vorsitzende über die Kabinettsbildung und über die Vorschläge des Obmannes und der Stellvertreter des Verbandes beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinik. Der Ministerpräsident habe zwar auf Einzelheiten nicht eingehen können, habe jedoch erklärt, daß die Neuordnung der Dinge in Oesterreich durchgeföhrt werden wird. Einen Termin konnte er damals nicht angeben, weil er die bezüglichen Entwürfe noch nicht studiert hatte. Es sei unrichtig, daß die Ausführungen des Kabinettschefs bei den Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen haben.

Hierauf wurde die im Abendblatte angeführte Resolution, die vom Vorstande beschlossen worden war, wonach der Nationalverband die bestimmte Erwartung ausspricht, daß die Regierung die schon längst anerkannte und geforderte Ordnung der Dinge in Oesterreich jetzt durchföhre und die Möglichkeit für die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten schaffe, einstimmig angenommen.

Obmann Dr. Groß legte sodann die Beschlüsse des Vorstandes hinsichtlich der Richtlinien, die vom gemeinsamen Ausschusse des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen beschlossen worden waren, vor. Hieran knüpfte sich eine sehr eingehende Debatte, an der sich die Abgeordneten Kraß, Erb, Kemetter, Mühlwerth, Steinwender, Stöckl, Hummer, Redlich, Waber und Glöckner beteiligten.

Schließlich wurden die Anträge des Vorstandes, die dahin gehen, den aufgestellten Richtlinien ihre Zustimmung zu geben, mit einigen Änderungen angenommen. Der Vorstand wurde beauftragt, hinsichtlich dieser Änderungen mit den Christlichsozialen das Einvernehmen zu stiften.

Gegenüber den im Jahre 1915 aufgestellten gemeinsamen Forderungen enthält Punkt 6 eine Wende-

ring, die nunmehr lautet: Die Reform der staatlichen Verwaltung ist durchzuführen, die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden aufrechtzuerhalten und mit Rücksicht auf die in einzelnen Ländern bestehenden besonderen Verhältnisse in einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Weise um- und auszugestalten. Insbesondere ist die Dreieinteilung in Böhmen durchzuführen und es sind die deutschen Minderheiten in andern Kronländern unter entsprechenden geschlichen Schutz zu stellen.

Punkt 7 der Richtlinien lautet nunmehr: Dem Königreich Galizien ist eine Sonderstellung zuzuerkennen, wobei die volle Wahrung der Interessen des Reiches, insbesondere in militärischer Hinsicht, gesichert erscheinen muß.

Punkt 8 der Richtlinien verlangt die Einführung der deutschen Staatsprache.

Punkt 10 erklärt: Bei der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn sind die Interessen Oesterreichs nachdrücklich zu wahren.

Hierauf gelangt ein Antrag des Abg. Mühlwerth zur Beratung, der die Wiederherstellung der nichtdeutschen Namen in Südtirol betrifft. Hierzu sprechen die Abgeordneten Bartel, Steinwender, der besonders die Kärntner und Krainer Verhältnisse bespricht, Einspinner, der die in Dalmatien herrschenden Verhältnisse erörtert, Marahl und Dr. Groß.

In der Sache selbst wird beschlossen, beim Ministerpräsidenten und beim Minister des Innern vorzusprechen.

Die zur Erörterung gelangende Beratung über die Geschäftsordnung des Deutschen Nationalverbandes wird auf die nächste Sitzung verschoben.

Es gelangt sodann ein Antrag der deutschen Agrarier zur Beratung, der die verschiedenen Lebensmittelzentralen betrifft. In Vertretung des abwesenden Antragstellers wurde dieser Antrag von Abg. Dr. Danm vertreten. Es sprechen hierzu — bei der Verlesung wird der Antrag stimmlich affamiert — die Abgeordneten Einspinner, Hummer, Pank, Steinwender und Kemetter.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der in der Vorstandssitzung gestellte Antrag des Abg. Hummer angenommen, der dahin geht, sofort mit dem Ministerpräsidenten in Verbindung zu treten, um die derzeit herrschenden Zensur- auswüßse abzuschaffen.

Sodann gelangte ein Antrag des Abg. Heine betreffend die Eisenbahntarife zur Beratung. Hierzu sprechen die Abgeordneten Steinwender, Dinghofer und Waber. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: Die neuen Eisenbahntarife finden ihre sachliche Begründung in der Kriegslage. Die finanzielle Mühsal des Reiches wird dadurch gestärkt und das wirtschaftliche Durchhalten bis zum siegreichen Ende mitgesichert. Es muß aber auch bei diesem Anlaß von der Regierung mit allem Nachdruck verlangt werden, daß auch durch eine Reform im Sinne der bekannten Anträge des Staatsbahnrates die Verwaltung der Staatsbahnen ökonomischer eingerichtet und dadurch Ersparnisse erzielt würden, die zur Deckung der durch den Krieg erhöhten Betriebskosten herangezogen werden können. Auch wird neuerlich die restlose Auflassung der völlig unbegründeten Frachtbegünstigungen für einzelne mächtige Kartelle und Großunternehmungen verlangt. Durch diese Maßnahmen wird es ermöglicht werden, daß die neuen Tarifierhöhungen möglichst in ihrer Gänze zur Vermeidung der Kriegsschulden verwendet werden. Endlich hätte die Regierung zu verfügen, daß den Privatbahnen aus dem in Aussicht genommenen Anteil an den Kriegszuschlägen kein geschäftlicher Nutzen erwachse. Dieser Anteil wäre daher ohne Rücksicht auf die Rentabilität des Unternehmens lediglich darauf zu beschränken, daß die Betriebsführung gesichert bleibt.

Hierauf stellt Abg. Waber folgenden, gleichfalls einstimmig angenommenen Antrag: Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes wird beauftragt, im Eisenbahnministerium im Interesse der Wohnungsfürsorge die Forderung zu erheben, daß die Preiserhöhung der Monats- und Jahreskarten für die Fahrten von den in der Umgebung der Städte gelegenen Orten in die Städte aufgehoben werde.

Sodann wurde mit Rücksicht auf die vorgedachte Stunde die Vollversammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen und die Einberufung einer neuerlichen Vollversammlung für die allernächste Zeit in Aussicht genommen.

Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt: Der Gesamteindruck in der Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes war

132

Beschlüsse wurde schließlich ge- bei De- daß das Jahres Obmann über die n galizien jedoch n nächsten dieser Aus- rrischen ziehungs- nehmen

lung des unumkehr- Vorsitz des eine sehr Deutschen nahmen ichten sich chäftlichen egenheiten des Ver-

Antrag des em Beifall i Tele- zlei des mlung des Majestät mit dem n sandot Nachdem stgegenwies renzter zum end- Frieden unres nalverband

er die Vor- benden und Einstimmig jen Abend-

schlusse im Kartell auf- urden ent- andes mit und der nehmen mit

ng nahmen sorgung sich an der Beschließen d. rfügte Er- r Sprache

Weg- Me- Me-

## Deutscher Nationalverband.

Gestern vormittag hielt, wie schon berichtet, der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes eine Beratung ab. Nachmittags fand eine Vollversammlung des Verbandes statt, die sich mit allen aktuellen Angelegenheiten beschäftigte und eine Reihe von Beschlüssen faßte. Die Präsidentenfrage wird erst in der nächsten Vollversammlung zur Erörterung gelangen.

Heute findet eine Beratung der alpenländischen Vereinigung und des Vorstandes der Deutschböhmisches Vereinigung statt. Im folgenden berichten wir über die Sitzungen des Vorstandes und der Vollversammlung:

### Die Beratung des Vorstandes.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Vorstandes des Deutschen Nationalverbandes legte Abg. Dr. Groß nach Erledigung des Berichtes über die Vorschläge beim Ministerpräsidenten die von der gemeinsamen Sitzung der Delegierten des Nationalverbandes und der Christlichsozialen beschlossenen politischen Richtlinien vor. Diese decken sich im Wesentlichen mit den im Jahre 1915 beschlossenen Leitfäden, doch wurde der Absatz betreffend die Regelung der galizischen Frage entsprechend den geänderten Verhältnissen umgestaltet. Auch der Absatz, der die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn behandelt, wurde einer Umgestaltung, unterzogen, die den